

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke auf Annahme einer Entschließung zur Volksinitiative gemäß Artikel 61 Abs. 1 der Verfassung von Berlin – Drucksache 19/2100

Bauwende für Berlin – ökologisch und sozial

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus würdigt das Engagement der Volksinitiative „Bauwende für Berlin – ökologisch und sozial“ und dankt allen Unterzeichner*innen. Es hat die Forderungen zur Kenntnis genommen und schließt sich diesen in vollem Umfang an.

Das Berliner Landesparlament sieht sich in der Verantwortung, gemeinsam mit der Zivilgesellschaft, neben dem Bau neuer Wohnungen und Stadtquartiere durch Umnutzung und Umbau bestehender baulicher Anlagen weitere Wohnungen und andere Nutzungen zu ermöglichen. Das Ziel des Landes Berlin, die Neuversiegelung auf null zu steuern, bedarf der Ausnutzung aller Potentiale zur Erhaltung und Umnutzung geeigneter Gebäude im Bestand sowie ungenutzter, versiegelter Flächen. Die Volksinitiative weist zu Recht auf dieses Thema hin und fordert uns auf, konkrete Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen.

Das gilt insbesondere für die Ausgestaltung bzw. Anpassung folgender durch die Initiative vorgeschlagener Instrumente:

1. Digitales Bestandsregister zur Erfassung leerstehender und nutzbarer Gebäude und Flächen,
2. Verpflichtende gutachterliche Prüfung der Erhaltungs- und Nutzungspotenziale der Gebäude vor einem geplanten möglichen Abriss,
3. Strengere Sanktionen und höhere Bußgelder gegen Leerstand und missbräuchliche Nutzungen von Gebäuden,

4. Vorrang für die Nutzung leerstehender öffentlicher Gebäude und Flächen gegenüber Neubau mit gleicher Nutzung,
5. Einführung und Berücksichtigung eines CO2-Budgets für Neubau- und Sanierungsprojekte,
6. Formulierung von Standards für eine klima- und sozialgerechte Quartiersentwicklung in Berlin.

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, die personellen, finanziellen und organisatorischen Mittel für das Erreichen der Ziele einer ökologischen und sozialen Bauwende bereitzustellen und aktiv an der Umsetzung der Forderungen mitzuwirken.

Das Abgeordnetenhaus befürwortet die zeitnahe Einführung eines geeigneten Formats, wie die Einführung eines „Runden Tisches Bauwende“ oder Task Forces für einzelne Aufgaben, um die Umsetzung und die Fortschritte für das Erreichen der Ziele einer ökologischen und sozialen Bauwende aktiv zu begleiten.

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, dem Gesetzgeber Entwürfe für alle erforderlichen Gesetze, Rechtsverordnungen und Ausführungsvorschriften zur Beschlussfassung bzw. zur Kenntnis vorzulegen, die zur Erlangung der geforderten Ziele erforderlich sind.

Berlin, den 25.03.2025

Jarasch Graf Schwarze Otto Schmidberger
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Helm Schulze Gennburg
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke